

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:04 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

Ratsfrau Berendine Bamminger

Beigeordneter Bernd Bornemann

Ratsherr Walter Davids

Ratsfrau Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Regina Meinen

Ratsfrau Elfriede Meyer

Bürgermeisterin Lina Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

Ratsherr Ihno Slieter

Beigeordneter Johann Südhoff

Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Herbert Buisker

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz-Werner Janßen

Ratsherr Hinrich Odinga

Bürgermeisterin Andrea Risius

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Beigeordneter Erich Bolinius

Ratsherr Rolf Bolinius

Beigeordnete Hillgriet Eilers

Ratsherr Holger Klaassen

Ratsherr Meinhard Meißner

Ratsherr Franz Melles

Ratsherr Roland Riese

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsfrau Christine Schmidt
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 40 Zuhörerinnen und Zuhörer
4 Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Brinkmann bedankt sich bei den Damen, die ehrenamtlich und mit viel Engagement die Kronleuchter des Ratssaales gereinigt hätten und lädt sie zu einem Mittagessen ein. Er begrüße es, dass diese Frauen sich auch bereit erklärt hätten, das Ratssilber der Stadt Emden zu reinigen.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass die Tagesordnung um TOP 24 a, Vorlage T 14/1699-00 „Anbau an der Grundschule Petkum-Widdelswehr“ erweitert werden müsse. Hierfür sei eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Er lässt abstimmen. Der Erweiterung der TO wird einstimmig zugestimmt.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.03.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.03.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1633-00
Änderung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1633-00 als Anlage 1 beigefügte
Änderung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/499-16
Umsetzung von Ratsausschüssen

Beschluss: Der Rat stellt die nachfolgend aufgeführten Umsetzungen in den
Ratsausschüssen fest:

Ausschuss für Stadtentwicklung

Beratendes Mitglied

Für Herrn Volkmar Dürrwald

Herrn Horst von Fehren

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1697-00
Wahl einer Stadtbaurätin/eines Stadtbaurates

Herr Brinkmann erläutert, dass auf die Stellenausschreibung 71 Bewerbungen eingegangen seien. Nach der Auswertung der Bewerbungen hätten sich acht Bewerberinnen und Bewerber vorgestellt. Er bedauere sehr, dass die mit den Fraktionen vereinbarte Vertraulichkeit am 25.04.2005 durch Abgabe einer mit einer Sperrfrist versehenen Presseerklärung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebrochen worden sei. Aufgrund dessen hätte er am vergangenen Montag ebenfalls eine Presseerklärung abgegeben. Im übrigen entschuldige er sich bei den Ratsmitgliedern, die den Namen des von ihm vorgeschlagenen Stadtbaurates aus der Presse erfahren hätten. Er betont, dass lt. NGO nur der Oberbürgermeister ein Vorschlagsrecht habe. Außerdem sei es rechtswidrig, Gegenkandidaten aufzustellen. Für ihn sei es wichtig, dass die heute zu wählende Persönlichkeit auch von der übergroßen Mehrheit des Rates getragen werde. Nach den Vorstellungsgesprächen hätte er die Fraktion um drei Namensvorschläge gebeten. Herr Andreas Docter sei hierbei von den drei großen Fraktionen benannt worden. Er möchte daher heute zur Wahl Herrn Andreas Docter vorschlagen. Er erläutert den Werdegang des städtischen Bediensteten.

Herr Renken erklärt, dass die Wahl eines Wahlbeamten etwas grundsätzlich anderes sei als die Besetzung einer Fachdienst- bzw. Fachbereichsleiterstelle o. ä. Es könne nicht sein, dass die Öffentlichkeit und der Rat erst mit der Ratssitzung erfahre, um welchen Bewerber es sich handle. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe es daher für richtig gehalten, sich auch politisch hierzu zu äußern.

Herr Dr. Kleinschmidt erläutert § 48 NGO.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Herr Renken bittet um eine geheime Wahl. Dem wird so entsprochen.

Es werden **Frau Pohlmann** (SPD), **Herr Buisker** (CDU), **Herr Klaaßen** (FDP) und **Herr Stolz** (Bündnis 90/Die Grünen) für die Zählkommission ausgewählt.

Der Wahlgang beginnt. Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch die Wahlhelfer. Anschließend gibt **Herr Dr. Kleinschmidt** das Ergebnis der Wahl bekannt:

35 Ratsmitglieder stimmen für Herrn Andreas Docter.
5 Ratsmitglieder stimmen gegen Herrn Andreas Docter.
0 Ratsmitglieder geben eine ungültige Stimme ab.
0 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

Damit ist **Herr Andreas Docter** zum Stadtbaurat gewählt. **Herr Dr. Kleinschmidt** gratuliert Herrn Docter zu seiner Wahl und wünscht ihm für die weitere Zusammenarbeit alles Gute.

Herr Docter bedankt sich für das große Vertrauen, dass ihm geschenkt worden sei. Er wünsche sich sehr, diesen großen Vertrauensvorschuss wieder zurück geben zu können. Er bedankt sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen, die kollegial und erfolgreich mit ihm gearbeitet hätten.

Beschluss: Herr Andreas Docter wird aufgrund des § 81 Abs. 3 Nds. Gemeindeordnung zum Stadtbaurat gewählt. Er ist, vorbehaltlich der gesundheitlichen Eignung, mit Wirkung vom 15.07.2005 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Stadtbaurat zu ernennen. Die Besoldung richtet sich gemäß § 1 Nds. Kommunalbesoldungsverordnung nach Besoldungsgruppe B 2 BBO. Daneben wird eine Dienstaufwandsentschädigung nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 035
Dagegen: 005
Enthalt.: 000

Punkt : 8 Vorlage 14/1648-00
Ernennung des Feuerwehrmannes Thomas Geiken zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk

Beschluss: Der Feuerwehrmann Thomas Geiken ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Wybelsum/Logumer Vorwerk zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/1653-00
Ernennung des Feuerwehrmannes Siemen Boomgaarden als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Beschluss: Der Feuerwehrmann Siemen Boomgaarden ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 Vorlage 14/1667-00
Ernennung des Feuerwehrmannes Harald Janssen als stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum

Beschluss: Der Feuerwehrmann Harald Janssen ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens jedoch nach Ablauf der Amtszeit des derzeitigen stellv. Ortsbrandmeisters Erwin Hoofdman, für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Widdelswehr/Petkum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/1654-00
Ernennung des Feuerwehrmannes Uwe Schmidchen als stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum

Beschluss: Der Feuerwehrmann Uwe Schmidchen ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Twixlum zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 12 Vorlage 14/1561-01
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005

Herr Brinkmann ist erfreut, dass die Ratsmitglieder mit jedem Fachbereichsleiter die einzelnen Fachbereiche erläutert hätten. So sei bei den Verwaltungs- und Servicediensten erkannt worden, dass Dinge getätigt würden, die nicht sofort sichtbar seien. Er erklärt, dass die Verwaltung auch beim Abschluss des Haushaltes 2005 auf das, was in den vergangenen Jahren geleistet worden sei, stolz sein könne. Der Rat sei pfleglich mit den Steuergeldern umgegangen. Die Zukunft richte sich nach dem Handeln der nächsten drei bis vier Jahre. Herr Lutz werde sehr streng an seiner bisherigen Vorgehensweise festhalten. Sein Ziel werde es nach wie vor sein, die Nettoneuverschuldung auf „0“ zu beschließen.

Er erklärt, dass das Emdener Krankenhaus qualitativ auf einem sehr hohen Niveau sei. Wenn hier ein Defizit erwirtschaftet worden sei, dann liege dies nicht an der schlechten Leitung des Krankenhauses. Zum FD Jugendhilfe erklärt er, dass versucht werde, diese Kosten Stück für Stück zu senken. Er teilt mit, dass es in der Vergangenheit Diskussionen über Investitionen vielfältiger Art gegeben habe. In den letzten Jahren seien 30 Mio. € in Schulen investiert worden (bauliche Unterhaltung, Neubau o.ä.). Dennoch werde die Stadt Emden in den nächsten Jahren noch viel investieren müssen. Dies werde ohne eine Nettoneuverschuldung nicht möglich sein.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Herr Lutz erklärt, dass die Haushaltsverabschiedung absichtlich verzögert worden sei, denn im Jahre 2005 gäbe es die größte Umverteilung zwischen den staatlichen Organisationen (Bund, Ländern und Kommunen). Hierzu seien im Jahr 2004 Zahlen vorgelegt worden, auf die die Verwaltung sehr pessimistisch reagiert hätte. Diese vorsichtige Einschätzung hätte sich bewahrheitet. Es sähe so aus, als ob die Zahlen, die heute zur Beschlussvorlage vorgebracht werden könnten, in etwa dem entsprächen, was am Ende des Jahres in den sozialen Bereichen erwartet werden könnte. Letztendlich werde ein defizitärer Haushaltsplan vorgelegt. Dieser sei nur zu vermeiden, wenn die dringendsten Leistungen der Stadt Emden gestrichen würden. Wenn kulturelle Leistungen jetzt eingeschränkt würden, würden Strukturen zerstört, die nicht wieder aufgebaut werden könnten. Die Verwaltung sollte sich nicht auf die entsprechenden Unterstützungen vom Bund oder Land verlassen, sondern sich auf sich selber konzentrieren und die Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ auf jeden Fall in den nächsten Jahren fortsetzen.

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass jedem Fraktionsvorsitzenden höchstens 30 Minuten Redezeit zur Verfügung ständen. Er bittet **Herrn Haase** um Vortrag:

Zitat:

„Herr Ratsvorsitzender, ich werde natürlich wie immer versuchen, mein Bestes zu geben, allerdings ist mir vorher von anderen Fraktionssprechern signalisiert worden, dass Redemanuskripte mit sechs und mehr Seiten vorliegen. Ich bin leider nicht so umfangreich, aber vielleicht ist das ja gerade der besondere Dreh' dabei. Herr Lutz hat schon sehr deutlich gemacht und Herr Oberbürgermeister auch, dass wir zu den letzten Städten in Niedersachsen gehören, die jetzt ihren Haushalt verabschieden. Ich sehe auch dort keinen Qualitätsmangel, sondern eher ein Stückchen ganz solide Arbeit, die wir abliefern, und anders als in den Städten, die fristgerecht im November/Dezember ihren Haushalt abgeliefert haben, die jetzt vor der ersten Debatte um Nachtragshaushalte schon stehen, weil die Berechnungsgrundlagen nicht mehr stimmen, haben wir m. E. auf solidem Fundament gearbeitet.“

Ich möchte mich auch dem Dank anschließen, der hier schon ausgesprochen worden ist: Die Konsolidierungsgruppe war ein hartes Stück Arbeit, aber ich glaube, noch nie ist der Haushalt so politisch, so inhaltlich intensiv gemeinsam von allen Fraktionen durchgearbeitet worden. Ein Stückchen gibt mir das Hoffnung, dass wir einen Teil zumindest dieser Atmosphäre in die Debatten der nächsten Zeit hinüberretten können. Begründet wird diese Hoffnung zusätzlich dadurch, dass es uns immerhin gelungen ist, einen gemeinsamen Änderungsantrag heute vorlegen zu können, wo noch letzte Dinge in den Haushalt hineingebracht werden. Trotz aller Bemühungen ist es uns nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt abzuliefern. Dies war objektiv z. Zt. nicht möglich. Dennoch darf man bei allen Diskussionen nicht vergessen, was allein in diesen 118 Mio. € Ausgaben im Verwaltungshaushalt, aber auch insbesondere im Vermögenshaushalt für Dinge drin sind, die sehr viel Gutes, sehr viel für das Profil unserer Stadt, sehr viel am Schluss auch für die Arbeitsplätze und die kulturelle und die soziale Vielfalt und Sicherheit in unserer Stadt bieten.

Der Hinweis muss erlaubt sein, dass der in der letzten Woche vorgelegte Abschluss 2004 bewiesen hat, dass in dieser Stadt sehr vernünftig gewirtschaftet wird, denn es war mehr oder weniger eine fast relativ genaue „Punktlandung“, die nur durch ganz geringe Dinge beeinflusst worden ist. Und ich bin zu recht ein wenig stolz, dass wir als Stadt Emden fast die letzte Stadt in ganz Niedersachsen sind, die überhaupt in diesen Zeiten wieder in die Zone der Kassenkredite/der Überziehung gekommen ist. Das sieht in anderen vergleichbaren Kommunen sehr viel anders aus. Nichtsdestotrotz hindert uns das nicht daran, hart an der Konsolidierung in den nächsten Jahren zu arbeiten. Es ist notwendig, diese Gruppe fortzusetzen. Als SPD-Fraktion kann ich dort die Mitarbeit auch über die nächsten Jahre hinaus heute schon ankündigen. Was mich im Konsolidierungskonzept sehr beeindruckt hat:

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Wir sind bei einem normalen durchschnittlichen Gewerbesteueraufkommen tatsächlich in der Lage, aus eigener Kraft heraus den Haushaltsausgleich wieder zu schaffen, ohne dass die Investitionsseite „zusammenbricht“ und ohne, dass wir neue „Löcher“ irgendwo erzeugen müssen, dadurch, dass wir Notwendiges nicht machen können. Ich glaube, es ist auch nicht so typisch, dass dieser Haushalt in diesen Zeiten unter hartem Konsolidierungsdruck das deutliche Signal an die Emdener Bürgerinnen und Bürger enthält: wir machen es ohne Steuererhöhungen, d. h. wir drehen nicht an der sehr bequemen Schraube, sozusagen mehr Einnahmen durch einfachen Gesetzesakt zu generieren. Aber die politische Botschaft dieses Haushaltes ist, dass die nächsten Jahre eng werden. Wir haben die Defizite, die wir jetzt und auch im Rahmen der Schuldebatte noch aufbauen werden, in den nächsten Jahren abzubauen, so bald es uns besser geht. Und wir werden auf Dauer natürlich nicht jedes Jahr defizitäre Haushalte vorlegen können. Aber wir haben so viel in den letzten Jahren auf den Weg gebracht. Ich will die großen Projekte nicht immer wieder alle benennen, aber ich glaube, der Industriepark Frisia, Watercity u. a., sind es einfach wert, von uns auch immer wieder in die Erinnerung zurückgeholt zu werden, weil es eben einfach für unsere Zukunft, für die Menschen unserer Stadt Arbeit, für die Steuereinnahmen in unserer Stadt auch eine Zukunft und vielleicht sogar Mehreinnahmen bedeutet. Ich glaube, dass sind Dinge, die am Schluss entscheidend dafür sind, über die Wertung der Geschichte, ob ein Rat anständig gearbeitet hat.

Dennoch werden wir weiterhin alles kritisch hinterfragen und wirklich jeder von uns muss die Konsolidierung als ständige Aufgabe begreifen. Selbst der Stadt Hildesheim – wo die Frau des Nds. Finanzministers Möhring Fraktionsvorsitzende in der CDU-Fraktion ist – ist es nicht gelungen, so solide Haushalte vorzulegen, wie wir es schaffen. Denn die Rahmenbedingungen, unter denen wir leben, sind natürlich nicht die optimalen. Die Steuereinnahmen insgesamt im Lande, im Bund, sind rückläufig. Die Landeszuweisungen sind gekürzt worden (150 Mio. € im kommunalen Finanzausgleich) und haben auch ihre Auswirkungen in Emden. Das gleiche gilt für das eine oder andere Projekt, die Belastungen der Verwaltungsreform, aber auch die Belastungen des im großen Konsens aller Bundestagsparteien beschlossenen Hartz IV-Modells. Dies sind Dinge, die wir erst vergegenwärtigen müssen, einbauen müssen in unsere zukünftige Planung. Und dennoch sind wir auf einem guten Weg, und wir haben auch in diesen Zeiten ganz erhebliche Summen investieren können (über 20 Mio. € in den letzten Jahren allein in den Straßenbau). Das merkt man nicht, weil nach wie vor ganz viele Lücken natürlich unwidersprochen im Hause und in den Straßen sichtbar sind, aber 20 Mio. € sind dort in der Bauindustrie „verbuddelt“ worden, in den Straßen zur Verbesserung unserer Infrastruktur, 30 Mio. € in Schulen.

Und beim Personal haben wir es geschafft, von über 1.019 Bediensteten im Jahre 1993 auf nunmehr 657 am Ende 2004 „herunterzufahren“, ohne dass das Serviceangebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entscheidend gelitten hat. Tatsächlich haben wir in der Zwischenzeit Bürgerbüros u. ä. eingeführt. Die Wege sind kürzer und bürgerfreundlicher geworden. Das es an der einen oder anderen Stelle in der Verwaltung manchmal nicht mehr so schnell geht wie vielleicht mit 1000 Leuten, will ich gar nicht bezweifeln, aber wir können uns nur die Menge Personal leisten, die wir auch auf Dauer finanzieren können. Und es stimmt mich schon hoffnungsfroh, wenn heute sechs Auszubildende anwesend sind. Alle gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass wir in dieser Stadt immer genügend Ausbildungsplätze für den eigenen Nachwuchs vorhalten. Dort, wo es Möglichkeiten gibt, jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung zumindest mit auf den Weg zu geben, sollten wir auch diese Chance nutzen. Die SPD-Fraktion ist mit einigen wenigen Grundforderungen in die Diskussion hineingegangen. Ich will sie gar nicht alle wiederholen:

- Wir wollten nicht an der „Gebührenschaube drehen“.
- Wir wollten ein klares Signal setzen in Richtung Kinder, Jugend und Schulen.
- Wir wollten im Bereich der kulturellen, sozialen Vielfalt dieser Stadt keine großen Abstriche zulassen.
- Wir müssen auch im Straßenbau/in der Straßensanierung etwas tun.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Und in der Tat haben wir es im großen Konsens aller Parteien am Schluss geschafft, mit 750.000,--- € in diesem Jahr und im nächsten Jahr mit einer Verpflichtungsermächtigung in der gleichen Höhe ein entsprechendes Signal zu setzen. Was bleibt, sind Risiken, die wir teilweise nicht beeinflussen können:

Wie entwickelt sich die Zuweisungspolitik der Landesregierung weiter? Stimmt es, dass das Projekt „Soziale Stadt“ möglicherweise ein weiteres Jahr ausgesetzt wird? Das hätte dann für den Stadtteil Barenburg ganz entscheidende, nachteilige Folgen. Ich hoffe, es tritt nicht so ein. Bund und Land dürfen die Kommunen nicht auf Dauer im Stich lassen. Es kann nicht sein, dass Aufgaben zu Lasten der Kommunen verlagert werden. Es muss das Prinzip der strikten Konnexität „Wer bestellt, hat auch zu bezahlen!“ gelten. Und für dieses Prinzip ist es für mich zumindest völlig unerheblich, ob eigene Parteifreunde in Bonn, in Berlin dieses entscheiden oder politische Mitbewerber in Hannover, die nicht meiner Partei angehören. Hier geht es um kommunale Interessen, die wir zu vertreten haben und die wir auch gemeinsam machtvoll vertreten sollten. Wir halten fest an dem Ziel, die Nettoneuverschuldung auf „0“ herunterzufahren, um spätestens im Jahre 2008 die Folgejahre zur Tilgung zu nutzen.

Wir wollen den Menschen auch im Kommunalwahljahr ehrlich sagen, was möglich ist und gleichzeitig ein klares Signal für die Jugendlichen, für die Kinder in unserer Stadt setzen, dass hier die zumindest notwendigen Investitionen geleistet werden. Mit Spannung sehe ich den Diskussionen der Finanzierung unseres ehrgeizigen Schulbauprogramms im Rahmen des Ganztagsprojektes entgegen. Ich hoffe, dass wir schnell zu den entsprechenden Genehmigungen und damit auch zur Finanzierung des Schulbauprogramms kommen können. Die Hoffnung ist, dass wir heute ein klares, deutliches und einhelliges Votum erreichen. In Zeiten wie diesen wäre dies ein Signal, weiter darüber nachzudenken, wie wir in den Folgejahren über die Konsolidierungsgruppe hinaus weiter arbeiten wollen.

Es ist die Frage des Doppelhaushaltes politisch andiskutiert worden. Er hat natürlich seinen Charme, weil er für die Verwaltung, aber auch für uns – für die Menschen unserer Stadt – verlässlichere Daten über einen Zwei-Jahres-Zeitraum gibt. Er hat insoweit auch seinen Charme, weil er uns allen eine Selbstbindung auferlegt, im nächsten Jahr, wenn es darum geht, um Stimmen zu kämpfen, nicht alles zu versprechen. Dann kann man nicht durch die Ortsteile ziehen und auf der einen Seite sagen: „Das muss gemacht werden!“ – und auf der anderen Seite genau wissen, dass man es eigentlich gar nicht kann. Insoweit ist dies auch ein klares Bekenntnis der FDP-Fraktion zur Straßensanierung weiterhin nach Prioritätenliste. Wir lehnen eine politische Handsteuerung ab. Ich glaube, der Sachverstand muss darüber entscheiden, wo die knappen Mittel, die wir haben, am Schluss auch untergebracht werden. Wir werden darüber in der nächsten Zeit noch diskutieren, aber genauso wie ich in der Lage bin, durchaus sehr deutlich zu formulieren, dass die Bundesregierung, der Bund, keine zusätzlichen Belastungen, auf die Kommunen herabdrücken darf, so erwarte ich auch von anderen, dass sie ihr „Getöse“ zur Abschaffung der Gewerbesteuer unserer vornehmlichen Einnahmequelle endlich einstellen und erkennen, dass für die Kommunen diese Einnahmequelle unverzichtbar ist. Es wäre fatal, wenn hier aus Raison zur Gesamtpartei auf der einen Seite, auf Parteitagen die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll, auf der anderen Seite dann aber hier im Haushalt beklagt wird, dass keine Einnahmen da sind. Das ist für mich ein widersprüchliches doppeldeutiges Verhalten und wird irgendwann wie jedes andere doppeldeutige Verhalten „brutal entlarvt“ von den Menschen unserer Stadt.

Weiterhin will ich gar nicht viel sagen, falls es noch etwas zu sagen gibt. Nach den anderen Reden werde ich mich dazu äußern. Zu Zahlen habe ich nicht gesprochen. Insoweit konnte ich auch leider kein Konzept abgeben, tut mir herzlich leid. Wenn es dann wieder etwas härter wird mit den Zahlen, dann will ich auch gerne wieder mit Konzepten arbeiten. Danke schön!“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Haase für die Ausführungen und erteilt **Herrn H. W. Janßen** das Wort:

Zitat:

„Zunächst einmal gilt mein herzlicher Dank der Verwaltung, die während der Diskussion über den Haushalt 2005 in vielen Abendstunden den Mitgliedern des Rates stets für Fragen zur Verfügung standen. Die von uns gestellten Fragen wurden entweder sofort oder aber übers Protokoll beantwortet. Mein Dank gilt auch den Mitgliedern des Rates, die in der Haushaltskonsolidierungskommission nach 13 Sitzungen heute ein Ergebnis präsentieren, welches von allen Fraktionen getragen wird. Selbstverständlich gab es in der Diskussion unterschiedliche Meinungen in einzelnen Punkten, aber alle Teilnehmer waren bemüht, hier doch eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Aber die gemeinsame Lösung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Rat - und mit ihnen die Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt - zu Recht versprochene Leistungen der Landes- und Bundesregierungen einfordert. Wir sind für die Interessenvertretung der Stadt Emden gewählt. Und Probleme gibt es genug. Es gibt keine Entwarnung bei den Kommunalfinzen. Hatten wir 2003 noch ca. 49 Mio. € Steuereinnahmen, so werden es 2005 nur noch ca. 43 Mio. € sein. 6 Mio. € weniger, die aber wehtun. Zur Erinnerung: 1999 waren es noch ca. 78 Mio. € Festsstellen bleibt:

§ 3 der NGO wird durch den Griff in die Taschen der Kommunen durch Bund und Land praktisch außer Betrieb gesetzt. Auf Grund der geänderten Gesetzgebung im Gesundheitswesen ist das Hans-Susemihl-Krankenhaus in die roten Zahlen gerutscht. Ca. 2,5 Mio. € Verlustausgleich muss die Stadt ausgleichen. Dieser Verlustausgleich ist leider auch in den nächsten Jahren zu zahlen. Trotz dieser Belastungen ist die Entwicklung der Stadt insgesamt positiv verlaufen. Der Industriepark Frisia macht hervorragende Fortschritte und hier gilt mein besonderer Dank dem Geschäftsführer Herrn Steenhardt und seiner „Mannschaft“. Dies ist der praktische Beweis dafür, dass auch die Verwaltung schnell und flexibel sein kann. Große Fortschritte macht das Projekt „Alter Binnenhafen“ Hier wird ein Wunschtraum der Emdener erfüllt. Wenn jetzt noch eine Fußgängerbrücke neben der Eisenbahnbrücke entsteht, ist ein entsprechender Rundweg endlich Wirklichkeit. Auch hier mein Dank!

Das Museum der Stadt hat die Zeit des Umbaus fast überstanden. Pünktlich zum 6. September 2005 wird es wieder geöffnet sein - ein geschichtsträchtiger Termin. Im Sozialbereich liegen nach meiner Meinung die größten Risiken. Immer neue Anforderungen werden beschlossen, ohne Ausgleich der entstehenden Kosten. Das Harzmodell lässt grüßen. Wer mit offenen Augen durch Emden fährt, sieht eine Entwicklung, für die uns manche Stadt beneidet. Der Straßenbau macht Fortschritte. Obwohl die Verwaltung keinen einzigen Euro für den Straßenbau in den Haushalt eingesetzt hatte, haben die Fraktionen gehandelt. Die CDU-Fraktion hat trotz erheblicher Bedenken, einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung zugestimmt. Und so war es nur folgerichtig, dass wir den Haushaltsansatz für Straßenbau um 750.000,- € erhöht haben, mit einer VE in gleicher Höhe für 2006. Hierdurch wird der BEE in die Lage versetzt, ihre Prioritätenliste abzuarbeiten. Ich warne dringend davor, dass die Politik Einfluss auf diese Liste nimmt. Es gilt jedoch, bestehende Straßenbaustellen in der Gesamtheit fertig zu stellen und nicht als Torso stehen zu lassen. Die Meldung von Sonnabend, dass die Bollwerkstraße in Gesamtheit hergestellt wird, kann als Beispiel gelten.

Vor drei Jahren haben wir drei Schulen neu gebaut (Petkum-Wolthusen-Constantia). Diese Maßnahme haben wir auf Grund des fortgeschriebenen Schulentwicklungsplanes durchgeführt. Bereits heute, drei Jahre danach, müssen wir bereits über einen Anbau in Petkum-Widelswehr nachdenken. Ich habe so meine Zweifel an der Ermittlung der Schülerzahlen. Der Neubau von drei Schulen war nur möglich durch ein für Emden neues Finanzierungsmodell. Die Tochter baut, die Mutter bezahlt die Miete. Ohne diesen Weg wäre kein Schulneubau entstanden. Wilhelmshaven und Bremerhaven gehen diesen Schritt schon sehr lange. Gleichfalls soll dieses Modell der Finanzierung auch für den geplanten Neubau des Verwaltungsgebäudes in Anspruch genommen werden. Bei der Diskussion über für und wider sollte jedoch langsam wieder Sachlichkeit einziehen. In meiner Fraktion ist die Zustimmung zu dem Projekt „Neubau für die Verwaltung“ nicht einvernehmlich. Jeder für sich hat sicher gute Gründe für seine Position. Die Mehrheit jedoch unterstützt diese. Dass sich eine Fraktion

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

gegen diese Finanzierung aussprach, ist nicht zu beanstanden. Es stellt sich aber die Frage, wie sich diese Fraktion die Finanzierung der zugesagten Erweiterung der Schule Petkum vorstellt - auch vor dem Hintergrund der gleichen Art der Finanzierung. Die dringend erforderliche Verbesserung an den Schulen wird in einem Nachtragshaushalt behandelt und ist somit heute nicht zu behandeln.

Lassen sie mich noch das Thema „Geburtstage und Ehrungen“ anschneiden. Lt. Bericht der Verwaltung sind hierfür im letzten Jahr 7000,- € aufgewandt worden - eine sinnvolle Ausgabe. Die CDU bleibt bei ihrer Auffassung, ab dem 85. Lebensjahr die Bürgerinnen und Bürger durch einen Besuch der Bürgermeisterinnen zu ehren - wenn sie es denn wollen. Ein weiteres Verschieben der Altersgrenze nach hinten ist auf Grund der biologischen Uhr für die CDU nicht vertretbar. Sparen wir nicht noch mehr bei den alten Menschen, sie sind bereits genug belastet! Eine Bemerkung zu den Äußerungen der Jugendorganisationen von CDU und FDP: Diese sind für mich eine nicht zu entschuldigende Entgleisung. Weit entfernt sind wir bei dem vom Oberbürgermeister genannten Ziel, die Arbeitslosigkeit auf 6% zu reduzieren. Durch das Projekt Frisia konnte aber zumindest ein Weiterwachsen vermieden werden. Trotz aller Anstrengungen ist bislang nur ein Stillstand festzustellen. Die von der Kommission erarbeitete Vorlage trägt auch die Handschrift der CDU. Jede Fraktion musste Zugeständnisse machen. Wir freuen uns, das der Kindergarten in der Jahnstr. 120 000 €, die Kinderkrippen 70 000 € das Kulturhaus 226 000 €, das Ökowerk 25 000 € erhalten und im Verwaltungshaushalt ein Zuschuss für die Musikschule in Höhe von 40 000 € und für die VHS in Höhe von 90 000 € als einmaliger Zuschuss gezahlt werden kann.

Die ins Auge gefasste Nutzung der früheren Musikschule findet die Zustimmung meiner Fraktion. In diesem „Haus der Begegnung“ haben viele Platz. Die evtl. in Frage kommenden Nutzer sollten aber bereits jetzt mit der Verwaltung das weitere Vorgehen besprechen. Die Finanzierung über drei Jahre ist im Hinblick auf die allgemeine Finanzsituation vertretbar. Wir als CDU-Fraktion werden darauf achten, dass die Restfinanzierung sichergestellt wird. Die von der Arbeitsgruppe empfohlene Erweiterung des Ratsinformationssystems wird von der CDU begrüßt. Aber es darf kein Ausgrenzen einzelner Ratsmitglieder geben. Auf ungeteilten Zuspruch trifft die Verwaltung bei der CDU-Fraktion mit ihrem Vorhaben, den flitzenden Verkehr stärker zu überwachen. Dabei gilt es nicht, die Einnahmen zu erhöhen, sondern diese Maßnahmen sind ein richtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit. Auf Grund der auf Jahre zu erwartenden schwierigen Haushaltssituation werden wir auch weiter immer wieder die freiwilligen Leistungen überprüfen müssen. Aufgaben mit dem gleichen Ziel müssen zusammengefasst und Doppelfinanzierungen vermieden werden. Diese Arbeit muss rechtzeitig erfolgen, damit die Vereine und Verbände Planungssicherheit haben.

Emden ist eine schöne Stadt. Es lohnt sich, für sie an den verschiedenen Plätzen zu arbeiten. Die Bereitschaft, das Bild Emdens zu verbessern, ist sehr ausgeprägt. Die große Zahl der ehrenamtlich Tätigen beweist dieses. Rat und Verwaltung drehen an „verdammten großen Rädern“. Wir - der Rat - sind kein Parlament, also sollte es auch keinen Fraktionszwang geben. Ich habe große Sorge, das im Hinblick auf den Wahlkampf 2006 die gute Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung auf der Strecke bleibt. Streit um die Sache ist erlaubt, nein, sogar eine Pflicht! Persönliche Angriffe sind der Entwicklung Emdens nicht förderlich! Haben wir den Mut, Emden lebenswert zu finden, hören wir auf, den Standort Emden kaputt zu reden.

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Haushalt 2005 zu. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn H. W. Janßen. Anschließend **fährt Herr E. Bolinius** fort:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren, in meinen Reden zum jeweiligen Haushalt in den letzten Jahren habe ich zu Beginn immer sinngemäß gesagt:

Wo immer heute über die Situation unseres Landes und vor allem der Kommunen nachgedacht und diskutiert wird, schwingt beim Blick in die Zukunft Besorgnis mit. Das ist heute nicht anders. Das Geschäftsklima in der deutschen Wirtschaft ist immer noch düster und die Konjunktur kommt nicht so richtig in Schwung. Die Zahl von über 5 Mio. Arbeitslosen spricht eine deutliche Sprache. Im April 2005 verschlechterte sich die Stimmung lt. dem Ifo-Institut bei rd. 7000 befragten Firmen zum dritten Mal in Folge. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ging stärker als von Experten erwartet von 94,0 auf 93,3 Punkte zurück. Bekanntlich gilt der Ifo-Index als der wichtigste Frühindikator der deutschen Wirtschaft. Führende Wirtschaftsexperten machen neben der rot-grünen Bundesregierung auch die Kapitalismus-Kritik der SPD für den Stimmungsabschwung verantwortlich. Aber ohne eine wieder anspringende Wirtschaft wird es auch bei den Kommunalfinzen keine Kehrtwendung geben.

Das Konnexitätsprinzip „Wer die Musik bestellt, muss auch zahlen“, muss endlich umgesetzt werden. Im Nds. Landtag haben die Koalitionsfraktionen aus CDU und FDP im September 2004 hierzu einen Antrag eingebracht. Da es sich um eine Änderung der Nds. Verfassung handelt, braucht der Gesetzentwurf eine 2/3-Mehrheit. Diese ist ohne Zustimmung zumindest einzelner Abgeordneter der SPD selbst dann nicht zu erreichen, wenn sich CDU, FDP und Grüne einig sind. Dies ist leider der Fall.

Die SPD verweigert bislang die Zustimmung, weil sie vorträgt, die CDU hätte ursprünglich im Konsultationsverfahren ein Vetorecht für die Kommunen zugesagt. Dieses sei im Gesetzentwurf nun nicht enthalten. Die SPD will ein Verbandsklagerecht für die kommunalen Spitzenverbände erreichen, während diese, falls sich nur einzelne Kommunen beschwert fühlen, ein solches gar nicht erstreben. Die SPD hat sich 13 Jahre lang gegen jeden Ansatz gewehrt, ein Konnexitätsprinzip einzuführen. Die CDU und FDP benötigen jedoch die Unterstützung der SPD, anders ist dieses Gesetz nicht machbar. Herr Haase, machen Sie sich für dieses Gesetz in der SPD-Fraktion in Hannover stark.

Eine Kommunalpolitik, die über steigende Einnahmen verfügt, ist leicht zu verkaufen. In Perioden mit hohen Einnahmen verfällt man aber auch leicht darin, Bedürfnissen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen, die man später nicht mehr zurückschrauben kann. Eine Politik, die fordert, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, verlangt sehr viel mehr Courage. Das musste schon Ludwig Ehrhard erfahren. Eine Politik des Füllhorns lässt sich dagegen wesentlich leichter verkaufen. „Es kann nicht Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und populär zu machen“, so Werner Fink, der bekannte Schauspieler. Daran hat sich die FDP-Fraktion immer gehalten und wird es auch in Zukunft tun.

Im vom Kämmerer eingebrachten Verwaltungshaushalt mit Ausgaben in Höhe von rd. 118 Mio. € fehlen rund 5 Mio. €, davon entfallen alleine auf das Hans-Susemihl-Krankenhaus rund 3 Mio. €. Von den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung sind Mittelanmeldungen in Höhe von rund 6,5 Mio. € nicht berücksichtigt worden. Von der Kommunalaufsicht wurde die Verwaltung aufgefordert, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen. Eine Haushaltskonsolidierungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung und allen Fraktionen, wurde ins Leben gerufen. Insgesamt 13 x hat diese Gruppe getagt und ist zu einem, wie ich meine, gutem Ergebnis gekommen. Die teilweise langen und auch nervenaufreibenden Sitzungen mit allen Fachbereichen wurden in einer sehr guten Atmosphäre durchgeführt. Die erzielten Ergebnisse können sich durchaus sehen lassen, auch wenn sie nicht immer sofort zur Entlastung des Haushaltes greifen. Nachstehend führe ich bereits jetzt einige Punkte auf, obwohl der Punkt „Haushaltskonsolidierung“ noch unter einem gesonderten Punkt später

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

behandelt wird, weil ich der Auffassung bin, dass beide Punkte untrennbar miteinander verbunden sind:

1. Allgemeine Personalmenge der Stadt Emden

Bei der Stadt Emden stellt sich zurzeit ein Personalüberhang von etwa 7 Stellen im Verhältnis zur fortgeschriebenen Personalbemessung dar. Der Überhang besteht im wesentlichen im Bereich des Fachbereiches 600. Bezüglich der Personalmenge und der Notwendigkeit eines neuen Gutachtens zur Personalbemessung wurde folgendes Einvernehmen erzielt:

- Die Personalmenge der Stadt Emden ist auf Initiative des Rates ab 2006 mit gutachterlicher Hilfe nochmals zu hinterfragen.
- Die Beschlussfassung erfolgt noch durch den derzeitigen Rat.
- Die Auftragserteilung erfolgt nach der Kommunalwahl 2006 durch den dann gewählten Rat.
- Es erfolgt eine Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes.
- Es hat eine regelmäßige Berichterstattung in einer Lenkungsgruppe zu erfolgen.

2. Änderung „Ehrung von Altersjubiläen“

Die Ratsmitglieder werden von den Bürgermeisterinnen zu Geburtstagen nicht mehr besucht. Das ist gut so. Leider konnten wir uns nicht durchsetzen, eine Verringerung der Geburtstagsbesuche zu erreichen. Es kann u. E. nicht angehen, dass beispielsweise für ein Geburtstagsbesuch von einer berufstätigen Bürgermeisterin in Wybelsum 78 € ausgegeben werden. Hier sollte die CDU einmal ihren Standpunkt hinterfragen. Meine Fraktion ist der Meinung, dass – wie andere Städte das auch tun – eine andere Form der Überbringung von Glückwünschen möglich ist. In allen Stadtteilen haben wir Ratsmitglieder, die das gerne kostenlos tun würden, davon bin ich überzeugt.

3. Personalmenge Juristen

Die Personalmenge Juristischer Dienst wird im Rahmen der allgemeinen Prüfung der Personalmenge einer gesonderten Prüfung unterzogen. Für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines jetzigen Stelleninhabers steht eine Wiederbesetzung, und zwar vor Ausschreibung der Stelle, unter dem Vorbehalt eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses.

4. Rat/Ausschüsse; Verzicht auf Druckvorlagen und Druckprotokoll

Ziel soll sein, dass auf gedruckte Vorlagen und Protokolle ab der nächsten Kommunalwahl für den dann gewählten Rat verzichtet wird. Pilot- bzw. Probebereiche können bis dahin in die Wege geleitet werden. Zur Umsetzung wird eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Rat gebildet.

5. Anfragen von Bürgern und aus dem Rat

Ein Beschwerdemanagement wird ab August 2005 eingerichtet.

6. Auslagerung Liegenschaftsverwaltung/Gebäudeverwaltung

Maßnahmen hierzu sind in der Umsetzung. Einspareffekte sind in ein bis zwei Jahren zu erwarten.

7. Wirtschaftsförderung

Die Möglichkeiten einer Ausgliederung der Wirtschaftsförderung wird von der Verwaltung bis Ende 2005 überprüft. Es ist ein Vortrag von Vertretern einer Stadt bzw. eines Landkreises,

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

die eine andere Organisationsform betreiben, im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation vorzubereiten.

8. Veterinäre/Personalmenge

Die Personalmenge „Veterinäre“ ist im Rahmen der allgemeinen Prüfung der Personalmenge einer Prüfung zu unterziehen. Für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines jetzigen Stelleninhabers steht eine Wiederbesetzung, und zwar vor Ausschreibung der Stelle, unter dem Vorbehalt eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses. Bis Ende 2006 ist ein Vorschlag zu erarbeiten und vorzustellen, wie eine interkommunale Zusammenarbeit aussehen könnte.

9. Interkommunale Zusammenarbeit Gesundheitsämter

Bis Ende 2006 ist ein Vorschlag von der Verwaltung zu erarbeiten und vorzustellen, wie eine interkommunale Zusammenarbeit der Gesundheitsämter aussehen könnte.

10. Gastschulgelder

Bezüglich der Gastschulgelder ist eine Prüfung von diversen Risiken erforderlich, so dass ggf. Verhandlungen erst im 2. Halbjahr d. J. aufgenommen werden könnten. Dieser Punkt sollte sehr sensibel gehandhabt werden, dies sage ich insbesondere in Richtung der Grünen.

11. Gebäudereinigung

Zur Gebäudereinigung hat im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation Ende diesen Jahres eine Berichterstattung zu erfolgen, und zwar dahingehend, dass ein Vergleich zwischen eigener und externer Reinigung eines Schulgebäudes vorgestellt wird.

12. Öffentliche Beleuchtung

In Wohngebieten ist keine Reduzierung bei der Beleuchtung vorzunehmen. In Gewerbegebieten sollte eine angemessene Reduzierung der Beleuchtung in Erwägung gezogen werden. Einige weitere Punkte, die m. E. insbesondere für den Haushalt 2005 wichtig sind, möchte ich ansprechen:

Dass die Steuersätze für die Realsteuern, Grundsteuer A mit 320 v. H. und Grundsteuer B mit 440 v. H. sowie die Gewerbesteuer mit 420 v. H. unverändert bleiben, wird von meiner Fraktion sehr begrüßt.

Bezüglich der Einrichtung von Ganztagschulen ist zu sagen, dass ein Investitionsbedarf von rd. 20 Mio. € bei der Verwirklichung besteht. Angemeldet wurden rund 37 Mio €. Sollten die drei Anträge auf Ganztagschulen (JAG, GAT, Osterburgschule) genehmigt und eine 90%ige Förderung erreicht werden, dann sind zusätzlich 2 Mio. € in einem Nachtragshaushalt einzustellen. Die FDP wird auf eine Lösung der dringenden Probleme wegen der fehlenden Klassenräume in den anstehenden Beratungen drängen. Auch in der Pestalozzischule ist noch weiterer Handlungsbedarf angesagt. Der Arbeitsgruppe „Gymnasien“ ist für die Ausarbeitung des Berichtes zu danken. Einseitiges Einsetzen für ein Gymnasium, wie die Grünen es immer wieder tun, wird von meiner Fraktion abgelehnt. Wir warten gespannt auf das vom Oberbürgermeister angekündigte Konzept, welches am 10. Mai 2005 im Schulausschuss vorgestellt werden soll. Erfreulich ist, dass die Grundschule Widdelswehr/Petkum einen Anbau mit 2 zusätzlichen Klassenräumen und zusätzlichen Werkräumen erhält.

Der geplante Fahrradweg auf der Nordseite der Petkumer Straße (L2) von Friesland bis Borssum darf nicht bei der Firma Janssen und Kruse enden. Der Fahrradweg ist bis zum Wyhoffweg weiterzuführen. Alles andere wäre ein Schildbürgerstreich. Der BEE hat signalisiert, dass er aus den Mitteln der Ampelkreuzung am Nordkai dieses Stück erstellen kann.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Den Investitionszuschuss für den Kindergarten Jahnstraße in Höhe von 120.000 € und für Kinderkrippen in Höhe von 70.000 € findet unsere volle Zustimmung. Gerade für die Betreuung der Kinder kann nicht genug getan werden.

Für zusätzliche Straßensanierungen werden in diesem und im nächsten Jahr jeweils 750.00 € zusätzlich eingestellt, eine höhere Nettoneuverschuldung ist hinzunehmen. Wir können es uns nicht mehr leisten, erst alles „vergammeln“ zu lassen und anschließend mit höheren Kosten zu sanieren. Eine sogenannte Ostblockmentalität in diesem Bereich darf es nicht geben. Der Kämmerer hat darauf hingewiesen, dass seit 1994 Straßen nicht mehr so saniert worden sind, wie es eigentlich gemusst hätte. Die Prioritäten, welche Straßen zuerst saniert werden, sollte wie bisher vom BEE festgelegt werden.

Für den Umbau des Hauses Brückstraße 92, der ehemaligen Musikschule, werden in diesem Jahr 226.000 € bereit gestellt. Im nächsten und übernächsten Jahr wird die komplette Sanierung, die insgesamt 596.000 € kosten wird, abgeschlossen. Die FDP-Fraktion vertraut auf die damalige Zusage des Oberbürgermeisters, dass die Musikschule dort wieder die Federführung übernimmt. Andere Vereine sollten natürlich die Räumlichkeiten nutzen können. Die FDP-Fraktion ist froh, dass sie sich zusammen mit den anderen Fraktionen (CDU und Grüne) durchgesetzt hat, das Haus vollständig zu sanieren. Von außen ist es schon ein Schmuckstück geworden.

Die Volkshochschule hat ein Haushalt für die nächsten 5 Jahre mit Einsparungen vorgestellt. Allerdings benötigt sie dazu einen einmaligen Zuschuss von 90.000 €. Die VHS-Mitarbeiter haben freiwillig auf Gehaltsanteile verzichtet, das ist sehr hoch zu bewerten. Für die Bereitstellung der Mittel haben wir unsere Zustimmung gegeben.

Die Musikschule hat ebenfalls mehr Mittel verlangt. Inzwischen liegt ein Konzept vor, so dass auch hier die fehlenden Mittel in Höhe von 40.000 € bereit gestellt werden können. Abzuwarten bleibt, ob eine Zusammenlegung mit den Musikschulen in Norden und Aurich zustande kommt.

Eine Badestelle Uphuser Meer, die 150.000 € kosten soll, lehnt meine Fraktion ab. Es müsste mit geringeren Mitteln möglich sein, wie in anderen Orten auch, eine einfache Badestelle zu errichten. Wir wollen kein Strandbad oder ein drittes Freibad.

Dass jetzt endlich Bewegung bezüglich des Verkaufs von Gebäuden und Flächen auf dem ehemaligen Kasernengelände kommt, ist sehr zu begrüßen. Wir haben uns zu lange, so meine ich, von der Firma Hoch-Tief hinhalten lassen.

In der Innenstadt sollten die Bemühungen zur Verbesserung des Kaufangebotes, insbesondere die Wiedernutzung der Kaufhalle, weitergeführt werden. Schülerinnen und Schüler der BBS I haben hier interessante Vorschläge erarbeitet, wie der Presse vor einigen Tagen zu entnehmen war. Meine Fraktion schlägt vor, diese Vorschläge einmal im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

Insgesamt ist es als sehr großen Erfolg aller Fraktionen zu werten, dass die freiwilligen Leistungen in diesem Jahr nicht gekürzt werden. Wie es in den nächsten Jahren weiter geht, bleibt allerdings abzuwarten.

Das größte Sorgenkind bleibt das Hans-Susemihl-Krankenhaus. Auf Dauer kann sich die Stadt die jährlichen Millionenverluste nicht leisten. Eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Krankenhäusern ist unbedingt notwendig. Die FDP-Fraktion hofft, dass das vom Krankenhausdirektor vorgelegte Sanierungskonzept aufgeht.

Für den geplanten Nachtragshaushalt wird die FDP-Fraktion vorschlagen, auch 1 Mio. € für die Sanierung des Neptunhauses einzustellen. Eine Ausschreibung über die Sanierung sollte

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

erfolgen. Der Restbetrag sollte im Jahre 2006 zur Verfügung gestellt werden. Es ist schon mehr als merkwürdig, dass lt. Aufstellungen der Stadt am 14.3.2003 die Sanierung mit 1 Mio. €, am 13.10.2004 mit 1,9 Mio. € und vor kurzem vom Geschäftsführer der Gewoba die Sanierung zusammen mit der Erstellung eines Anbaus mit 4,7 Mio. € angegeben wird. Die Kommunalaufsicht des Nds. Innenministeriums schreibt zum Schluss eines Schreibens vom 23.3.05 zum geplanten Verwaltungsneubau an meine Fraktion:

„Welche finanziellen Auswirkungen durch den Bau des Verwaltungsgebäudes auf den Gesamthaushalt der Stadt in diesem Haushaltsjahr sowie in den Folgejahren eintreten, wird von mir im Rahmen des jetzt anstehenden haushaltsrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft. In diese Prüfung wird sowohl die Gesamtverschuldung des Kernhaushalts der Stadt sowie die Verschuldung und die sich daraus ergebenden Schuldendienstleistungen der städtischen Eigengesellschaften und Einrichtungen mit einbezogen.“

Dieser Satz ist sehr bemerkenswert! Schulden bleiben Schulden auch bei einer Konsolidierung, das hat die Kommunalaufsicht völlig richtig erkannt. Deshalb kann ich mir auch von dort eine Genehmigung nicht vorstellen. Wir benötigen dieses Verwaltungsgebäude in Emden nicht. Der Bürgerinitiative „Verwaltungsgebäude-Nein“ wünschen wir für das Bürgerbegehren viel Erfolg. Die FDP-Fraktion geht jedenfalls davon aus, dass das geplante Verwaltungsgebäude an der Bahnlinie aus den bekannten Gründen nicht gebaut wird.

Zur Zukunft der sozialen Stadt ist zu sagen, dass – entgegen der Darstellung von Hans-Dieter Haase – Mittel von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Bewerbungen können bereits abgegeben werden.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten. Die FDP-Fraktion trägt seit der letzten Kommunalwahl für die Stadt eine große Verantwortung. Die Fraktion hat versucht, sich dieser Verantwortung zu stellen und entsprechend zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Zusammen mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen haben wir viel erreicht. Ich möchte hier insbesondere den Frisiapark erwähnen, obwohl Hans-Dieter Haase in einer Pressemitteilung schreibt, dass dies ein Erfolg der SPD sei. Aber auch die Sanierung des Rathauses, des ostfriesischen Landesmuseums, des Binnenhafens, Ausbau des Windparks, des Biomassekraftwerkes, Sanierung der Borssumer Schleuse und Restaurierung des Petkumer Siels sind wichtige Vorhaben, die in dieser Legislaturperiode angeschoben wurden.

Bei der Beurteilung von neuen Vorhaben kommt es naturgemäß auch zu Reibereien, sowohl mit der Bürgerschaft, den anderen Fraktionen als auch mit der Verwaltung. Wir reichen allen, die Verantwortung tragen, die Hand zur Zusammenarbeit, um das Beste für Emden zu erreichen. Nur dafür sind wir gewählt. Wir sind kein Parlament, sondern ein Rat! Meine Fraktion hat im Rat nicht die Mehrheit, trotzdem wurden fast alle unsere Wünsche im Haushaltsplan 2005 berücksichtigt. Dafür sind wir allen, die uns dabei unterstützt haben, dankbar.“

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2005 zustimmen.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn E. Bolinius und erteilt **Herrn Renken** das Wort.

Zitat:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir haben heute den Abschluss der Budgetberatungen und der Beratung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes erreicht, und über das, was als Ergebnis heute auf dem Tisch liegt, ist Einvernehmen zwischen allen Fraktionen erzielt worden. Für uns ist es bei aller unverzichtbaren politischen Auseinandersetzung –

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

nur diese schafft in vielen Fällen die notwendige Klarheit auch in der Öffentlichkeit und für unsere Wählerinnen und Wähler – letztendlich ein zufriedenstellendes Ergebnis geworden. Ich will an dieser Stelle nicht eine weitere allgemeine Darstellung des Haushaltes 2005 und seiner Rahmenbedingungen hinzufügen. Dies hat unser Kämmerer ein um das andere Mal in den Ausschüssen getan, und wir haben das im wesentlichen auch so akzeptieren müssen, auch wenn es uns nicht gefallen kann.

Unausgeglichener Haushalt, höhere Nettoneuverschuldung, drei Jahre der Einnahmedürre bei der Gewerbesteuer und Ausgabendisziplin und als Begleitmusik das von der Gemeindeordnung verordnete Haushaltskonsolidierungskonzept sind die Überschriften. Dazu kommen die Unsicherheiten über die tatsächliche finanzielle Bilanz von Hartz IV, die damit verbundenen Zusagen der Bundesregierung und nicht zuletzt die Sparpolitik der Landesregierung zu Lasten der Kommunen. Die düsteren Prognosen der Wirtschaftsinstitute lassen weitere Zweifel für dieses Jahr aufkommen, auch wenn das Haltbarkeitsdatum volkswirtschaftlicher Prognosen nicht sehr weit in die Zukunft reicht. Teilen wir trotz dieser Umstände den Optimismus unseres Kämmerers und gehen davon aus, dass mit der Umsetzung der Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes die defizitäre Haushaltslage Emdens eine überschaubare Delle bleibt, die bis 2010 ausgebügelt werden kann. Ich darf mich an dieser Stelle bei Herrn Lutz, seinen Mitarbeitern und den Vertretern der Fachbereiche, aber auch bei meinen Ratskollegen aus allen Fraktionen für die faire und zielführende Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe bedanken, bevor ich zu meinen weiteren Ausführungen komme.

Ich will mich im folgenden vor allem auf die Änderungen am Verwaltungsentwurf konzentrieren, aber auch einige weiterführende Bemerkungen machen. Bei den Zuschüssen für die Volkshochschule und die Musikschule legen wir Wert auf die Feststellung, dass es sich hierbei um einmalige Hilfen handelt. In beiden Einrichtungen geht es um die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Aber auch zunehmender Kostendruck in den Einrichtungen bei leeren Kassen der öffentlichen Haushalte erfordern neue Konzepte. Die von der VHS beantragte Sonderfinanzhilfe wird im Rahmen der Umsetzung des Sanierungskonzeptes gewährt. Damit muss die VHS auf weitere Landeskürzungen, Veränderungen durch Hartz IV und der Inanspruchnahme von Altersteilzeit reagieren. Man muss hier ganz deutlich sagen:

Hier tritt die Stadt für Dinge ein, die andere zu verantworten haben. Steigende Schülerzahlen und neue Angebote: Das sind zunächst positive Meldungen aus der Musikschule. Die hervorragende Arbeit von Herrn Fuhrmann und seinen Mitarbeitern verdient Anerkennung. Aber auch hier steigt der Kostendruck. Deshalb setzt die Musikschule auf die Zusammenarbeit und den Zusammenschluss mit den Musikschulen im Landkreis Aurich. Die Grundlagen sind gelegt worden. Diesen Weg können wir nur unterstützen, nicht nur wegen der erwarteten Synergieeffekte auf der Kostenseite, sondern auch wegen der Verbreiterung des musikalischen Angebotes. Vor diesem Hintergrund haben wir uns besonders darüber gefreut, dass die Fraktionen einvernehmlich auf unseren Vorschlag die komplette Fertigstellung des alten Musikschulgebäudes Brückstraße 92 über Verpflichtungsermächtigungen abgesichert haben. Dies schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern - noch wichtiger - Vertrauen für die Nutzer, vor allem für die Musikschule. Das haben wir vor der Kommunalwahl versprochen, das haben wir nach der Kommunalwahl gemeinsam mit dem Oberbürgermeister verhandelt und das können wir jetzt auch einlösen. 2007 wird damit das Gebäude, das sich äußerlich bereits zu einem Schmuckstück für das Stadtbild gewandelt hat, auch im Innern komplett saniert und eingerichtet sein.

Ein entscheidendes Ziel für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft ist die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Emden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen uns, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine zentrale Voraussetzung für eine positive demografische Entwicklung ist. Familienfreundlichkeit ist bereits heute ein wichtiger Standortfaktor und wird weiter an Bedeutung gewinnen, sagen uns die Experten. Neben bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten spielen hierbei familienfreundliche Arbeitsbedingungen eine erhebliche Rolle. Das erste ist die Hauptaufgabe von Rat und Verwaltung. Da ist

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

noch einiges zu tun in den nächsten Jahren, ohne das Erreichte schmälern zu wollen. Wir wenden uns aber auch an die Unternehmen und sagen: Auch sie sind in der Verantwortung! Schafft mehr familienfreundliche Angebote in den Betrieben! Es lohnt sich! Die Beschäftigten sind nicht nur motivierter. Es ist ebenso nachgewiesen, dass familienfreundliche Maßnahmen auch für mittelständische Unternehmen Kosteneinsparungen bringen. Es war uns wichtig, hier politisch – gemeinsam mit den anderen Fraktionen - Weichen für unsere Stadt zu stellen. Mit einem Gesamtvolumen von über 200.000 € in diesem Jahr und der Einsetzung einer Haushaltsstelle für den Ausbau des Krippenangebotes in die Finanzplanung ist der Einstieg gelungen. Im Einzelnen stehen in diesem Jahr die Mittel für den Bau eines Mehrzweckraumes im Kindergarten Jahnstraße, die Sicherung der Krippe Constantia und die Schaffung von Krippenplätzen im Kindergarten Klein-von-Diepold-Straße zur Verfügung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Markus-Gemeinde und dem Kirchenkreis meinen Dank auszusprechen für den großen Beitrag, den sie für die Finanzierung des Mehrzweckraumes leisten. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen.

Wir sind als Stadt in der gesetzlichen Verpflichtung, bis 2010 entsprechend den Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Hierzu muss der Rat in Kürze Beschlüsse fassen, wie dies in anderen Städten bereits geschehen ist. Voraussetzung für die Umsetzung ist allerdings auch aus unserer Sicht, dass die vom Bund zugesagten Mittel in der erforderlichen Höhe tatsächlich bei uns eintreffen. Daran sind jedoch derzeit noch erhebliche Zweifel angebracht. Erstens sind die Ausbaukosten zwischen Bund und dem Städtetag umstritten, zweitens muss die Entlastung durch Hartz IV sich noch beweisen und drittens hat sich das Land wiederholt geweigert, die Mittel in voller Höhe an die Kommunen weiter zu geben. Hier müssen Städte und Gemeinden gemeinsam Druck machen. Leider mussten wir in den Budgetberatungen feststellen, dass das von allen Fraktionen gemeinsam getragene Spielplatz-Sanierungsprogramm erneut ins Stocken geraten ist. Entgegen dem Eindruck, der teilweise in der Öffentlichkeit erweckt wurde, ist es keineswegs der Fall, dass das Geld nicht gebraucht wird. Noch immer sind viele Spielplätze völlig veraltet und entsprechen nicht den heutigen Standards. Die 100.000 € pro Jahr können von der Verwaltung deshalb nicht zeitnah umgesetzt werden, weil es offenbar am erforderlichen Personal an dieser Stelle fehlt. Dies muss u. E. geändert werden, damit es in Zukunft nicht wiederum zu dieser unerfreulichen Situation kommt. Erfreut hat uns jedoch die Zustimmung der anderen Fraktionen zum Zuschuss für den Umbau der sanitären Einrichtungen im Vereinshaus des Ökowerk. Damit können ordentliche hygienische Verhältnisse geschaffen werden, die dem Ansturm der vielen Tausend Besucher, vor allem aus Kindergärten und Schulen auf Dauer auch standhalten. Den Stellenwert der Umweltbildung setzen wir weiterhin hoch an. Sie ist eine Investition für eine gesunde Umwelt.

Die Sanierung von Straßen: Da haben wir uns schwer getan, unsere Zustimmung zu den 750.000 € für 2005 und 2006 zu geben. Nicht, weil wir dort nichts wollten. Aber unser Ziel war es, die Nettoneuverschuldung niedriger zu halten und wir haben deshalb 500.000 € vorgeschlagen. Dies haben wir deshalb für vertretbar und vernünftig gehalten, weil an Haushaltsresten aus Vorjahren nicht nur 1,2 Mio. € für die Straßensanierung zu Buche standen, sondern weitere 5 Mio. € für Projekte wie die Kreuzung Nordkai, Ausbau Kreisel und Anbindung Gewerbegebiet an den Kreisel, die noch abzuarbeiten sind. Dies sichert Beschäftigung in der nach wie vor gebeutelten Bauwirtschaft. Aber SPD, CDU und FDP wollten hier gemeinsam als politisches Signal noch oben was drauf setzen. Wie es zu einem guten Kompromiss gehört, haben wir dem letztlich so zugestimmt. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass Grundlage für die Umsetzung von Sanierungen die Prioritätenliste des Baubetriebes sein soll und nicht die Fraktionen einzelne Straßen in den Haushalt stellen, wie dies von der FDP zunächst gefordert wurde. Nur auf dieser Grundlage konnte Einvernehmen hergestellt werden.

Ich bin aber der Auffassung, wenn nun alles in „trockenen Tüchern“ ist, soll die Verwaltung die Sanierungsmaßnahmen, die in den nächsten zwei Jahren mit den 1,5 Mio. € realisiert werden können, auch dem Rat bekannt geben. Die Einrichtung einer Badestelle am Uphuser

Meer ist eine noch nicht abgeschlossene Forderung aller Fraktionen. Sie hat vor allem deshalb keinen Eingang in das Änderungsprogramm des Rates zum Haushalt gefunden, weil uns die Verwaltung derzeit eine viel zu teure Lösung vorhält. Aber zurückgestellt heißt für uns Grüne nicht aufgehoben. Wir fordern, und dies habe ich auch von der FDP-Fraktion vernommen, eine kostengünstigere Lösung. Das Ersetzen des Schildes „Betreten verboten“ durch das Schild „Baden verboten“, wie es einmal Herr Lutz vorgeschlagen hat, können wir nur als Aprilscherz bewerten. Ich sage dies auch deshalb so, weil es aus unserer Sicht seinerzeit ein gravierender planerischer und politischer Fehler war, den Zugang der Bevölkerung zu den Gewässern in Emden durch Verkauf der Grundstücke an Private nahezu unmöglich zu machen. Dies ist eine wohl einmalige Situation und war eine unsoziale Politik, weil sie viele Leute von wesentlichen Erholungsmöglichkeiten ausschließt.

Sehr geehrte Damen und Herren, gespannt warten wir auf die Vorschläge des Oberbürgermeisters zu den notwendigen Investitionen an den Schulen, die nicht Bestandteil dieses Anfangshaushaltes sind. Die Schulen brauchen verlässliche Aussagen. Die Unsicherheit und die damit verbundene Unruhe an den Schulen muss ein Ende haben. Die Zeit drängt und mittlerweile sollte auch dem letzten klar geworden sein, dass die Raumprobleme beider Gymnasien wesentlich größer und über einen weitaus längeren Zeitraum existent sind, als noch vor einem Jahr von der Verwaltung dargestellt - und dies unabhängig von der Einrichtung der Ganztagschulen. Damit sind unsere Annahmen, die zunächst in Zweifel gezogen wurden, mehr als bestätigt worden. Der Oberbürgermeister hat zu den laufenden Haushaltsberatungen bereits einen Nachtrag angekündigt. Herr Lutz hat im Februar erklärt, die Finanzierung „durch Kreativität ohne Neuverschuldung“ hinbekommen zu wollen. Bemerkung dazu: Warum brauche ich dann einen Nachtrag? Als ich die Ankündigung des Kämmerers in der Finanzausschuss-Sitzung im April wieder aufgegriffen habe und nach dem „Wie“ fragte, kommentierte der Oberbürgermeister dies mit den Worten, „durch Lotto-Spielen“. Ich gehe einmal davon aus, dass dies nicht der Vorschlag für die Schulausschuss-Sitzung im Mai sein wird. Es kommen verschiedene Möglichkeiten in Frage:

- Investition durch Kreditaufnahme im städtischen Haushalt
- Beauftragung der Gewoba
- Betreibermodell in öffentlich-privater Partnerschaft

Diese Alternativen sollten unvoreingenommen geprüft werden im Hinblick auf die Gesamtkosten, die Sicherung der Qualität und die Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung. Eine letzte Bemerkung: Die CDU-Fraktion hat in der Finanzausschuss-Sitzung den Vorschlag eines Doppelhaushaltes 2006/2007 gemacht. Natürlich kann man einen Doppelhaushalt machen ausgehend von der Haushaltsentwicklung, so wie sie sich heute darstellt. Aber weil dies in den Zeitraum der Kommunalwahl hinein reicht, sind hier weitere Maßstäbe anzulegen. Der neue Rat wird nicht der alte Rat sein, und einer politischen Mehrheit nach der Wahl soll die uneingeschränkte Ausübung des Budgetrechtes zustehen. Wir haben aus diesem Grund sehr starke Vorbehalte gegen eine Vorfestlegung, die über die Festsetzung der Eckwerte für 2007 durch den jetzigen Rat hinausgeht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Renken für seinen Vortrag.

Herr H. W. Janßen stellt klar, dass die CDU-Fraktion niemals den Wunsch eines Doppelhaushaltes geäußert hätte. Es sei lediglich mitgeteilt worden, dass hierüber besser nachgedacht werden sollte.

Herr E. Bolinius erklärt zu den Ausführungen von Herrn Renken, dass heute nicht über den Verwaltungsneubau abgestimmt werde. Hierfür sei gar kein Geld vorhanden und außerdem handele es sich um eine Angelegenheit der GEWOBA Emden GmbH. Auch sei die Äußerung falsch, dass die FDP-Fraktion in der Haushaltskonsolidierungsgruppe verlangt hätte,

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

einzelne Straßen in den Haushalt mit aufzunehmen. Es sei vor einer Entscheidung lediglich ein Blick in die Prioritätenliste gewünscht worden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14/1562-01
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2008

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2008.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/1490-00
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2005 folgender überplanmäßigen Ausgabe des Verwaltungshaushaltes zu:

8400-7170 Zuschuss EGZ **40.557,60 €**

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15 Vorlage 14/1563-00
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005.

im Verwaltungshaushalt
in Einnahmen und Ausgaben mit je **380.000 €**

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 16 Vorlage 14/1684-00
Haushaltskonsolidierungskonzept

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt das in der Anlage beigefügte Haushaltskonsolidierungskonzept.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/1642-00
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftsvertrages des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR in der beiliegenden Form zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 18 Vorlage 14/1568-01
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft der Stadt Emden (AAGE)

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE – der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt, folgender Änderung des § 2 des Gesellschaftsvertrages der AAGE zuzustimmen:

§ 2 des Gesellschaftsvertrages der AAGE:

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Qualifikationsmöglichkeiten sowie Ausbildungsmöglichkeiten und Beschäftigungs- und Arbeitsgelegenheiten einschließlich der Vermittlung und Überlassung - vorrangig- benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener nach dem SGB, insbesondere Frauen, Schwervermittelbare und Anspruchsberechtigte nach dem SGB II und dem SGB XII in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 19 Vorlage 14/1688-00
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2005

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1688 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich der Emdener Matjestage 2005 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 20 Vorlage 14/924-02
Änderungen am Parkraumbewirtschaftungskonzept in Emden
u.a. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2003;
1.Kostenfreies Parken an Sonnabenden
2.Bewirtschaftung unter der Bahnhofsbrücke

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Herr Brinkmann verweist auf den geänderten Beschluss.

Herr Stolz begrüßt die Bewirtschaftung der Parkplätze unter der Bahnhofsbrücke. Er bemängelt jedoch, dass die Bewirtschaftung der Parkplätze in Emden nicht konsequent erfolge. Das Fraktionsmitglied hätte im Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice schon des öfteren darauf hingewiesen, dass in der Ringstraße direkt neben dem Parkplatz noch immer ca. 30 Parkplätze kostenlos vorgehalten würden. Er bitte um Bewirtschaftung dieser Parkplätze.

Abweichender

Beschluss:

1. Kostenfreies Parken an Sonnabenden.
Nach Auswertung der Testphase wird das „Kostenfreie Parken an Sonnabenden“ fortgeführt, lediglich der Parkplatz auf dem Rathausplatz wird wieder bewirtschaftet.
2. Die Parkplätze am Verwaltungsgebäude IV sind der Bewirtschaftung entzogen, da es sich um fiskalisches Eigentum der Stadt Emden handelt. Der Parkplatz auf dem Bahnhofplatz wird gemeinsam mit den Stellflächen unter der Bahnhofsbrücke bewirtschaftet. Für Bahncard-Inhaber werden Sonderregelungen getroffen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 21

Vorlage 14/1620-00
Einstieg in die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Beschluss:

Die Stadt Emden wird an der Larrelter Straße und der Auricher Straße stationäre digitale Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen installieren. Das notwendige Kostenvolumen in Höhe von ca. 200.000 € wird sobald wie möglich im Haushalt bereitgestellt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 039
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

Punkt : 22

Vorlage 14/1615-00
Satzung der Stadt Emden über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Emden

Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 23

Vorlage 14/1617-00
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Emden

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 24 Vorlage 14/1631-01
Gründung und Gesellschaftervertrag der Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden GmbH (AWE)

Herr Andersson erklärt, dass es sich bei der GmbH um eine „Kopfgesellschaft“ handle, die faktisch ohne Personal arbeiten werde. Er erläutert die Vorlage 14/1631-01.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Gesellschaftsvertrag für die zu gründende „Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH“ mit einer Stammeinlage von 25.000,00 €.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 24 a Vorlage 14/1699-00
Anbau an der Grundschule Petkum-Widdelswehr; Anmietung von der Gewoba

Herr Brinkmann bemerkt, dass es zum Zeitpunkt der Planung der Grundschule Petkum-Widdelswehr aufgrund verschiedener Kriterien nicht vorhersehbar gewesen sei, dass in so kurzer Zeit dort zwei Klassen fehlen würden. Er weist darauf hin, dass diese teure Lösung nicht bei den anderen Emdener Schulen erwartet werden sollte. Dort würden die wirtschaftlichsten Angebote zur Umsetzung kommen. In bestimmten Bereichen würden evtl. auch Containerlösungen ausgewählt werden. Beim Anbau der Grundschule Petkum-Widdelswehr müsse aufgrund der Gewährleistungspflichten zügig gehandelt werden. Allerdings werde noch eine Modulbauweise überprüft.

Beschluss: Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Gewoba eine vertragliche Regelung über die Errichtung eines ca. 210 qm großen Anbaus (2 Klassenräume, 1 Gruppen- und 1 Abstellraum) an der Schule Petkum-Widdelswehr und den Ausgleich der damit verbundenen Kosten abzuschließen. Die Mittel zum Ausgleich der Kosten Höhe von jährlich maximal 30.000 € zzgl. weiterer interner Mehrkosten des städtischen Gebäudemanagements sind dem Fachdienst Schule und Sport ebenso zur Verfügung zu stellen wie Mehrkosten für Energie, Wasser und Gebäudereinigung.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 25 Vorlage 14/1656-00
Beteiligungsbericht der Stadt Emden 2005

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Herr Riese weist darauf hin, das es bei den stadt eigenen Gesellschaften (Stadtwerke Emden GmbH, GEWOBA Emden GmbH, Zukunft Emden GmbH) uneinheitlich dargestellt sei, wer die Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung vertrete. Er bitte um Vervollständigung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 26 Vorlage 14/1634-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2003 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransport und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH).

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 27 Vorlage 14/1635-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2003 der Musikschule Emden e.V.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 28 Vorlage 14/1643-00
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 29 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung